VOLKSBUND
Gemeinsam für den Frieden.

Sewastopol - Gontscharnoje

Ukraine

Gesamtbelegung: 24827 Tote

44°28'14.72"N; 33°42'20.10"E

Bei Gontscharnoje in der Nähe der Stadt Sewastopol ruhen deutsche Soldaten, die während des Zweiten Weltkrieges in der südlichen Ukraine und auf der Krim ums Leben kamen.

Friedhofbeschreibung

Sewastopol ist die größte Stadt auf der Halbinsel Krim im Schwarzen Meer. Die Kriegsgräberstätte befindet sich 20 Kilometer außerhalb der Stadt in der Nähe der Ortschaft Gontscharnoje. Das etwa fünf Hektar große Gelände liegt an einem Berghang in einem Eichenwald und wurde von der Stadtverwaltung Sewastopol zur Verfügung gestellt. Die Straße, die zum Friedhof führt, hat der Volksbund gebaut.
Neben dem Eingangstor liegt das Informationsgebäude, in der eine Ausstellung über die Tätigkeit des Volksbundes in der Ukraine und anderen Ländern informiert. Ein gepflasterter Weg führt zu dem Hochkreuz. Symbolkreuzgruppen lockern die Rasenflächen auf. Die Belegungsfläche bietet Raum für 40.000 Gefallene. Die Namen und Daten der hier Ruhenden sind auf Granitstelen angebracht, die am Rande des jeweiligen Belegungsblocks stehen.

Belegung

Auf der Anlage in Sewastopol-Gontscharnoje haben mehr als 24.800 deutsche Kriegstote ihre letzte Ruhestätte erhalten, die in der südlichen Ukraine und auf der Krim im Zweiten Weltkrieg gefallen sind.

Historie

Sewastopol galt im Zweiten Weltkrieg als die stärkste Festung der Welt. Am 1. Juni 1942 nahmen deutsche Truppen die Stadt nach schweren Kämpfen ein. In der Schlacht um die Krim vom 8. April bis zum 12. Mai 1944 eroberte die Rote Armee das Gebiet zurück. In der Ukraine kamen während des Zweiten Weltkrieges und im Anschluss etwa 400.000 deutsche Soldaten ums Leben.

Das deutsch-ukrainische Kriegsgräberabkommen vom 29. Mai 1996 ist die Grundlage für die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine auf dem Gebiet der

Kriegsgräberfürsorge. Das Abkommen trat am 15. Juni 1997 in Kraft. Die Einweihung des Soldatenfriedhofs Sewastopol-Gontscharnoje fand im September 2001 statt.

Mit der Unterstützung von

Die Bundesregierung

Auswärtiges Amt